



LEB

LANDESELTERNBEIRAT FÜR GESAMTSCHULEN
IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Schleswig-Holsteinscher Landtag
Umdruck 15/3503

LEB - Landeselternbeirat für Gesamtschulen in Schleswig-Holstein
Klaus-Dieter Harder - Horner Kamp 5 - 21502 Geesthacht

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
Der Vorsitzende
Düsternbrooker Weg 70

24105 KIEL

Geesthacht, 15. Juni 2003

**BETR.: Stellungnahme zum Entschliessungsantrag
Schleswig-Holsteinische Offensive für Familien:
Familienfreundliches Schleswig-Holstein – Kinder herzlich willkommen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der LEB hat sich in seiner Stellungnahme nur auf die bildungspolitischen Aussagen eingelassen, möchte jedoch ein paar Anmerkungen zur Familienpolitik, Erziehung und zu Kindern im Vorwege äussern.

Solange Kinder in unserer Gesellschaft wenig Gegenliebe erfahren, nutzen politische Willenserklärungen wenig. Alle Argumente und Vorhaben scheitern an dem fehlenden Geld für die Umsetzungen.

Unsere Gesellschaft ist nur auf Leistung ausgerichtet und gibt jedem der diese Leistungsbereitschaft zeigt (s)eine Chance. Kinder aus sozialschwachen Familien fallen nicht in dieses Schema, dies belegen die Ergebnisse der PISA-Studie. Weiter unberücksichtigt bleibt die Integration von Behinderten und Migranten, Gruppen unserer Gesellschaft.

Der Stellenwert von Familien, wie er vor einem Jahrhundert war, wird kaum wieder möglich sein. Die frühere Grossfamilie ist durch die Industrialisierung auseinander gerissen worden, die Familien zogen vom Land in die Städte zu ihren Arbeitsplätzen. Heute wird Arbeit für viele immer weniger, hinzu kommt die Flexibilisierung der Arbeit. Wer Arbeit hat muss teilweise weite Entfernungen in Kauf nehmen. Dies erschwert zunehmend

Seite 1

VORSITZENDER	STELLVERTRETERIN	1. BEISITZER	2. BEISITZERIN	3. BEISITZERIN	4. BEISITZER
KLAUS-DIETER HARDER HORNER KAMP 5 21502 GEESTHACHT & 04152-875066 Handy 0174-7038585 Fax 04152-875068 eMail: kdh_lebgesamt@t-online.de	KARIN PETERS STRUCKBROOK 61 24161 KIEL & 0431-322152 Handy 0175-5078594 Fax eMail: hkfpeters@t-online.de	ANDREAS DINESS LANGELOHE 3c 25337 ELMSHORN & 04121-795716 Handy Fax 04121-795779 eMail: email@paul-groht.com	GABRIELE HEITMANN OSTPREUSSENSTR. 14 22941 BARGTEHEIDE & 04532-6055 Handy Fax eMail: GabyFelbar@aol.com	ANDREA KREY KIRSCHENWEG 26 24635 SCHÖNMOOR & 04328-977 Handy Fax eMail: krey.schoenmoor@t-online.de	STEFAN RÖMER HEIWEG 99 23566 LÜBECK & 0451-604403 Handy Fax eMail: roemer.stefan@gmx.de

auch das Familienleben bzw. die Erziehung der Kinder durch beide Elternteile. Hier nutzt auch kein Erziehungsurlaub. Wer sich für Kinder entschieden hat, benötigt entsprechende finanzielle Mittel, gerade Alleinerziehende sind hier wesentlich stärker betroffen, da bei Erkrankung des Kindes etc. die Betreuung erschwert wird.

Unsere Gesellschaft grenzt immer mehr Menschen aus, dies sind RentnerInnen, Alte, Kranke, Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen. Welche Chance hat da die Familie, Alleinerziehende oder Lebensgemeinschaften jeglicher Art?

Unsere Gesellschaft muss, damit sie Kindern und deren Familien gerecht werden möchte, über andere Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten nachdenken. Die viel beschworene Teilzeitarbeit, ist nur für Jobs geeignet, bei denen ein Einkommen erzielt wird, das einen normalen/angemessenen Lebensstandard ermöglicht. Dies ist vielen Frauen in diesen Jobs kaum vergönnt.

Wir müssen über Arbeitszeitverkürzungen nachdenken, weg von der starren 40 Stundenwoche bzw. den 35 Stunden etc., vielmehr muss die Arbeitszeit (fast) halbiert werden, wenn wir zu einer vernünftigen Beschäftigungspolitik zurück zur Vollbeschäftigung finden wollen. Hier ist dann die Frage der Entlohnung ein wichtiger Gesichtspunkt, denn die Lebenshaltungskosten steigen und ermöglichen es Familien in jeder Form kaum sich Extras zu leisten.

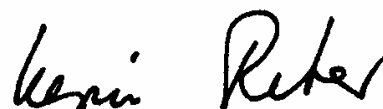
Kinder gibt es nicht zum Nulltarif, wenn von unserer Gesellschaft nicht investiert wird und hier auch keine Anreize geschaffen werden, die Kindern zu gute kommen, dann wird keiner mehr in dieser Gesellschaft bereit sein sich über Kinder Gedanken zu machen. Kinder sollten einen besonderen Stellenwert in unserer Gesellschaft erhalten.

Familien / Paare leben doch ohne Kinder viel ruhiger, brauchen keine Verantwortung zu übernehmen. Der Aspekt des Generationsvertrages wird hier ad absurdum geführt, denn unsere Kinder sollten dafür sorgen, dass die Renten gesichert werden, nur heute muss sich jeder zusätzlich versichern, da die Rentenkassen leer sind. Also sind Familien, diejenigen die zusätzlich belastet werden.

Mit freundlichem Grüßen



Klaus-Dieter Harder



Karin Peters

VORSITZENDER	STELLVERTRETERIN	1. BEISITZER	2. BEISITZERIN	3. BEISITZERIN	4. BEISITZER
KLAUS-DIETER HARDER HORNER KAMP 5 21502 GEESTHACHT & 04152- 875066 Handy 0174 - 7038585 Fax 04152 - 875068 eMail: kdh_lebgesamt@t-online.de	KARIN PETERS STRUCKBROOK 61 24161 KIEL & 0431- 322152 Handy 0175 - 5078594 Fax eMail: hkfpeters@t-online.de	ANDREAS DINESS LANGELOHE 3c 25337 ELMSHORN & 04121 - 795716 Handy Fax 04121 - 795779 eMail: email@paul-groht.com	GABRIELE HEITMANN OSTPREUSSENSTR. 14 22941 BARGTEHEIDE & 04532 - 6055 Handy Fax eMail: GabyFelbar@aol.com	ANDREA KREY KIRSCHENWEG 26 24635 SCHÖNMOOR & 04328 - 977 Handy Fax eMail: krey.schoenmoor@t-online.de	STEFAN RÖMER HEIWEG 99 23566 LÜBECK & 0451 - 604403 Handy Fax eMail: roemer.stefan@gmx.de



Stellungnahme zu den Entschließungsanträgen der Fraktionen der CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN für ein kinder- und familienfreundliches Schleswig-Holstein
Drucksache 15/1857 vom 02.05.2003

Der LEB Gesamtschulen begrüßt grundsätzlich den Willen der politischen Parteien, die Situation der Kinder und Familien in Schleswig-Holstein zu verbessern. Wir beziehen uns jedoch nur auf die bildungspolitischen Aussagen Stellung zu nehmen und Anregungen zu geben:

Die gesetzlichen Bildungsaufträge für die Kindertagesstätten und Schulen unterscheiden sich grundsätzlich in den Zielsetzungen. Während sich der Bildungsauftrag für die Kindertagesstätten auf die sozialen Kompetenzen bezieht, hat die Schule den Auftrag, den jungen Menschen schulische Bildung und Ausbildung zu vermitteln und auf die Stellung als Bürgerin/Bürger unserer/dieser Gesellschaft vorzubereiten.

Aus diesen unterschiedlichen Aufträgen heraus muss das Land die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, die es dann den mit der Ausführung beauftragten Einrichtungen möglich machen, ihre Aufgaben zu erfüllen.

An der Nahtstelle zwischen Kindertageseinrichtung und Schule gibt es erhebliche Probleme, wie die PISA Studie gezeigt hat. Die Abschaffung der Vorschulen in Schleswig-Holstein aus finanziellen Gründen, hat zur Verschärfung der Situation beigetragen. Außerdem gibt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch keine hinreichende gesetzliche Grundlage für eine vorschulische Bildung.

Erzieherinnen sind für vorschulische Aufgaben nicht ausgebildet! Deren Ausbildung bezieht sich auf die soziale Integration. Auch ist die gegenwärtige personelle Ausstattung der Kindertagesstätten mit 1,0 ErzieherInnen und 0,5 Sozialpädagogischen AssistentInnen pro Gruppe (20 bis max. 25 Kindern) gerade mal eine „Mindest“-Ausstattung, die im Regelbetrieb oft nur beaufsichtigende Betreuung möglich macht.

Vorschulische Erziehung sollte daher nur von hierfür ausgebildeten Lehrpersonen durchgeführt werden. Zu diesem wichtigen Thema vermissen wir eine klare Aussage der politischen Parteien.

Kinder mit Entwicklungsdefiziten und/oder drohenden Behinderungen müssen auch gefördert werden können, wenn sie Schulkinder geworden sind. Hier fehlen vom Land gesetzliche Regelungen, denn die heilpädagogischen Leistungen enden, wenn das Kind zur Schule kommt. Das Sozialgesetzbuch IX fordert die Länder auf, für diese Gruppe von Kindern Komplexleistungen zu erbringen. Hierüber sagen die Anträge der Parteien nichts aus.

Für die Forderung/Förderung von festen Grundschulzeiten sowie Ganztagschulen müssen klare und landesweit verbindliche Qualitätsstandards gesetzt werden eine ausreichende Finanzierung müsste selbstverständlich sein. Zur intensivierten Entwicklung

von Ganztagschulen – hier denken wir als LEB der Gesamtschulen natürlich primär an den Grundschul- und Gesamtschulbereich, muss ein schlüssiges Konzept vorgelegt und umgesetzt werden. Schule muss als nachhaltige (Fördern und Fordern, soziale Integration) Bildungseinrichtung verstanden werden. Die bloße „Beaufsichtigung“ der SchülerInnen kann kein Ziel sein.

Bei den vorgenannten Maßnahmen dürfen finanzpolitische Überlegungen nur eine untergeordnete Rolle spielen! Die Umsetzung der familienpolitischen Überlegungen der Parteien und unserer Forderungen hierzu, muss grundsätzlich bedacht werden, dass – wie u.a. unsere nicht nur seit „Pisa“ kontinuierlich nach oben weisenden Anmeldezahlen anschaulich zeigen, Schleswig – Holsteinische Familien landesweit weitere Gesamtschulplätze - bedauerlicherweise nach wie vor hundertfach vergeblich – nachfragen.

Für den Landeselternbeirat der Gesamtschulen



_____ Klaus-Dieter Harder



Karin Peters

Per eMail an Sozialausschuss@landtag.lsh.de
